

## Stellungnahme zum Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017

Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses am 29.09.2016

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten,

vielen Dank, dass wir als Vertreter\_innen der schwul/lesbischen Selbsthilfe mit insgesamt 70 Mitgliedsorganisationen (davon 14 gemeinsamen) in Nordrhein-Westfalen auch in diesem Jahr die Gelegenheit bekommen, Stellung zum Haushaltsgesetz 2017 zu nehmen.

Sie erhalten von uns keine detaillierte Stellungnahme, das können die Vertreter\_innen der großen Institutionen und Interessensverbände besser als Landesverbände schwacher Strukturen. Wir schauen zurück auf den Koalitionsvertrag der Landesregierung, in dem bekräftigt wird, dass sie der Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans\* und Inter\* entgegentreten will und der Abbau von Diskriminierung sowie Homo- und Trans\*phobie eine Querschnittsaufgabe darstellt.

Mit den jährlich beantragten Mitteln fördern wir das bürgerschaftliche Engagement, die Eigenverantwortung und das Ehrenamt in schwulen, lesbischen und queeren Lebenszusammenhängen. Wir tragen dazu bei, dass Menschen, die nicht heteronormativ leben, als selbstverständlicher Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in Nordrhein-Westfalen wahrgenommen werden und daran teilhaben können. Das fachliche Know-How und die damit verbundenen Unterstützungsangebote der Selbstorganisation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans\* wollen wir dafür nachhaltig stützen und weiterentwickeln. Dass die Förderungen der Strukturen weit unter dem tatsächlichen Bedarf zurückbleiben, haben wir im vergangenen Jahr ausführlich dargestellt und wollen uns nicht wiederholen.

Allerdings wollen wir die Gelegenheit nutzen und nochmal darauf hinweisen, dass es in Zeiten sozialer und politischer Unsicherheiten dringend notwendig ist, dass sich Werte wie Solidarität, Menschenwürde, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und Mitbestimmung auch in einem Haushaltsplan wiederfinden. Diese Werte stehen im Mittelpunkt von so genannten Gemeinwohlbilanzen und betreffen wesentliche Aspekte einer sozialen und demokratischen Zukunftspolitik.

Um Haushalte zu konsolidieren wurden in der Vergangenheit Personal- und Verwaltungskosten „eingespart“ mit dem Ergebnis, dass mittlerweile viele Bürger\_innen mit den Leistungen von Ämtern, Schulen, Polizeibehörden sehr unzufrieden sind. Es ist ein erster Schritt, wieder mehr Stellen dort zu schaffen, wo viele Bürger\_innen schnell eine Besserung ihrer Lebensumstände erfahren.

Wir alle haben es in der Hand, ob es in Nordrhein-Westfalen ein soziales und humanes Miteinander gibt oder ob das Gefühl der sozialen Desintegration zum Rückzug von gesellschaftlichem Engagement und zu Feindseligkeiten gegenüber fast allen schwachen Gruppen und Minderheiten führt. Dies ist ein idealer Nährboden für Intoleranz, Vorurteile, Diskriminierung und letztendlich Rechtsextremismus und Rassismus. Deshalb braucht es eine Haushaltspolitik, die dem einzelnen Menschen und der Gesellschaft Hoffnung auf eine bessere Zukunft gibt.

Solange dies nicht der Fall ist, müssen Finanzmittel für Selbsthilfestrukturen und Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus, für Schutz und Hilfe für von Gewalt und Verfolgung betroffene Menschen sowie für den NRW-Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt - gegen Homophobie und Transphobie in bedarfsgerechter Höhe bereitgestellt werden. Die wiederholte Überrollung vieler Haushaltsansätze gefährdet aber die fachliche Sozial- und Beratungsarbeit in weiten Teilen, da die fehlende Deckung der regelmäßig steigenden Sach- und Personalkosten für die kleinen Trägerstrukturen der schwul/lesbischen Selbsthilfearbeit zu existenzbedrohenden Engpässen führt.

**Das heißt: Auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung braucht es eine Sozialpolitik, die Minderheiten und ihre Sozialstrukturen bedarfsgerecht fördert.**

---

Die LAG Lesben in NRW e.V. ist der Zusammenschluss von 46 lesbischen Gruppen, Vereinen und Initiativen, die sich seit 1996 regelmäßig bis zu viermal jährlich treffen und austauschen. Ziel ist es, die lesbenpolitischen Aktivitäten vor Ort zu bündeln, zu koordinieren und den Erfahrungsaustausch zu moderieren. Die LAG Lesben in NRW ist Trägerin der Kampagne „anders und gleich - Nur Respekt Wirkt“. Wir sind ein gemeinnütziger Verein und nach KJHG als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt. Wir sind Mitglied im PARITÄTISCHEN Landesverband NRW, im FrauenMädchenNetz NRW, im Frauenrat NRW und der LAG Mädchenarbeit NRW.

Das Schwule Netzwerk NRW e.V. ist der Landesverband für schwule und schwul/lesbische Organisationen, Vereine und Initiativen in Nordrhein-Westfalen. Es wurde 1991 gegründet und zählt 44 Mitgliedsorganisationen. Das Schwule Netzwerk NRW ist Träger von SCHLAU NRW und der LSBT\* Jugendfachstelle NRW und unterstützt aktiv den Aufbau von Trans\*-Vernetzungsstrukturen in NRW. Wir sind ein gemeinnütziger Verein und nach KJHG als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt. Wir sind Mitglied im PARITÄTISCHEN Landesverband NRW, im Paritätischen Jugendwerk NRW, in der Aidshilfe NRW, im Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD), in der LAG Mädchenarbeit NRW, in der LAG Jungenarbeit NRW, im Bundesverband Queere Bildung, im Bundesverband QueerNetz.de und in der Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren (BISS).

Gemeinsam treten wir aktiv für eine Politik für Schwule und Lesben auf Landes- und kommunaler Ebene ein. Wir vernetzen die geleistete Arbeit, die Erfahrung und das Wissen sowie die Menschen, die sich - zum größten Teil ehrenamtlich - für die Belange von homosexuellen Bürgerinnen und Bürgern in NRW einsetzen. Wir engagieren uns zusammen mit der von uns getragenen ARCUS-Stiftung dafür, dass landesweit und regional geeignete Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement geschaffen werden. Beide Verbände sind gemeinsam in der Landesmedienkommission NRW vertreten und ab Dezember 2016 im WDR-Rundfunkrat.